

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003084/2025
an die Kommission
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Joachim Streit (Renew)

Betrifft: Risikoanalysen und Mittelkontrolle bei der Waldbrandprävention in der EU

Der Sonderbericht 16/2025 („EU-Mittel zur Bekämpfung von Waldbränden“) des Europäischen Rechnungshofs (ECA) zeigt, dass die Mitgliedstaaten zwar vermehrt EU-Mittel für präventive Maßnahmen gegen Waldbrände einsetzen, die Kommission jedoch keinen vollständigen Überblick über die tatsächlich verwendeten Mittel besitzt. Da die Mitgliedstaaten ihre Ausgaben nicht zwischen Waldbränden und anderen Naturkatastrophen differenzieren, kann nicht beziffert werden, wie viel EU-Geld tatsächlich in die Waldbrandprävention fließt.

Zudem beruhen in Griechenland die Gefahrenkarten noch immer auf den 1980er-Jahren, während Portugal Karten auf Basis historischer Branddaten von 1975 bis 2018 nutzt, wobei dort 33,4 % der Forst- und Agrarflächen als Hochrisikogebiete gelten. Mit der Förderperiode 2023–2027 wurde zudem die frühere Vorgabe gestrichen, dass Mittel nur für Gebiete mit mittlerem oder hohem Risiko eingesetzt werden dürfen.

1. Wie will die Kommission sicherstellen, dass die im Vorschlag für eine Verordnung über einen Monitoring-Rahmen für resiliente europäische Wälder vorgesehene regelmäßige (alle zwei Jahre) Überprüfung von Risikoanalysen und Gefahrenkarten durch die Mitgliedstaaten tatsächlich erfolgt und welche Konsequenzen drohen, wenn Mitgliedstaaten diesen Verpflichtungen nicht nachkommen und weiterhin veraltete Karten nutzen?
2. Wie will die Kommission künftig sicherstellen, dass Mitgliedstaaten EU-Mittel im Bereich Katastrophenschutz klar getrennt nach Gefahrenart – insbesondere Waldbrandprävention – ausweisen, um erstmals einen vollständigen und transparenten Überblick über die tatsächlich eingesetzten Mittel zu ermöglichen?

Eingang: 24.7.2025